

Stand: 04.02.2026 12:23:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3426

"Pflege in Bayern gestalten - zukunftsweisende Ansätze im Freistaat umsetzen und auf demografische Entwicklungen reagieren!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3426 vom 26.09.2024
2. Beschluss des Plenums 19/3455 vom 26.09.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 28 vom 26.09.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krah, Kerstin Celina, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Pflege in Bayern gestalten – zukunftsweisende Ansätze im Freistaat umsetzen und auf demografische Entwicklungen reagieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die pflegerische Versorgung in Bayern zukunfts-fest zu machen. Dazu soll in den Ausbau der Pflegeinfrastruktur zielgerichtet und um-fassend investiert werden:

- Flächendeckender Ausbau der Pflegestützpunkte endlich umsetzen und die Pflegeberatung sichern,
- ein gezielter Ausbau der Tages- und Nachpflege sowie der Kurzzeitpflege,
- Mobile multiprofessionelle Teams, bspw. in der geriatrischen Versorgung,
- Versorgungslücken bei Angeboten zur Unterstützung im Alltag flächendeckend si-cherstellen,
- Präventionsmanagerinnen und Präventionsmanager (z. B. zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit) an den Gesundheitsämtern fördern,
- die Kommunen bei der Entwicklung und Anwendung der Pflegestrukturplanung tat-kräftig unterstützen, um hier nachhaltig eine Planungssicherheit vor Ort zu schaffen,
- eine Strategie zur Quartiersentwicklung entwickeln, die von der Nachbarschaftshilfe bis zu alternativen Wohn- und Versorgungskonzepte, auch die Teilhabe zukünftig sicherstellt.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, Pflegende Angehörige entschieden zu stärken. Dazu soll sie ein Modellprojekt zur Gründung einer Landespflegegesellschaft initiieren. Innerhalb des Modellprojektes sollen die pflegenden Angehörigen sozialver-sicherungspflichtig angestellt werden. Das Modellprojekt soll den pflegenden Angehö-riegen eine Perspektive aufzeigen und Möglichkeiten zur Unterstützung bieten.

Die Mittel aus dem Landespflegegeld, das jährlich unabhängig vom Einkommen ausge-zahlt wird, soll die Staatsregierung nutzen, um die Pflegeinfrastruktur mit den mehr als 400 Mio. Euro pro Jahr gezielt zu fördern und weiter auszubauen.

Begründung:

Angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels steht der Ausbau der medizinischen und pflegerischen Infrastruktur vor großen Herausforderungen. Mit der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen in Bayern sind Konzepte nötig, die gleichzeitig Unterstützungs- und Hilfsangebote vernetzen, zielgruppenspezifische An-gebote ermöglichen und eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherstellen. Projekte

der Staatsregierung wie PflegeSoNah, das zum Ziel hat, die barrierefreie und pflegerische Versorgungsstruktur auszubauen, sind durchaus zu begrüßen. Doch hier fehlt es an finanziellen Mitteln, um den Ausbau bedarfsgerecht und zügig voranzubringen und am politischen Willen, dafür mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Das Landespfegegeld besteht nun bereits seit 5 Jahren. Seit der Einführung wurden rund 2,3 Mrd. Euro ausgezahlt. Mit dem Landespfegegeld werden Einzelpersonen bezuschusst, statt entscheidende Veränderungen im Freistaat voranzubringen.

Pflegestützpunkte sind ein wichtiger Baustein, um die Beratung vor Ort zu gewährleisten. Sie müssen flächendeckend in jedem Landkreis verfügbar sein. Hier hat Bayern viele zu lange Zeit verstreichen lassen und der flächendeckende Ausbau ist bis heute nicht realisiert. Die Umsetzung digitaler Technologien darf nicht nur in Modellprojekten verharren. Investitionen in technische Infrastruktur können den Arbeitsalltag aller an der Versorgung Beteiligten erleichtern. Dazu ist es erforderlich, in die Digitalkompetenz- und Souveränität in allen Versorgungsbereichen der Pflege und bei den Fachkräften zu investieren. Hinzu kommt, dass der Aus- und Aufbau stationärer Versorgungsangebote wenig bringt, wenn nicht in die Aus- und Weiterbildung der Pflegefachkräfte und anderer an der Versorgung Beteiligten investiert wird. Für eine optimale Versorgung auf dem Land und in der Stadt ist es zukünftig unabdingbar, die sektorenübergreifende Zusammenarbeit zu fordern und zu fördern und multiprofessionelle Teams zu stärken. Kommunale Versorgungssettings, z. B. auch unter Einbeziehung hochqualifizierter Pflegefachkräfte wie die Community Health Nurse, müssen deutlich gefördert werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt und mit Fachpersonal, z. B. in Public Health oder Präventionsmanagerinnen und Präventionsmanager an den Gesundheitsämtern, ausgestattet werden.

Über 70 Prozent der Pflegebedürftigen in Bayern werden von An- und Zugehörigen versorgt. Sie sind das Rückgrat in der pflegerischen Versorgung. Die Kurzeitpflege sowie die Tages- und Nachtpflege spielen eine Schlüsselrolle in der Entlastung pflegender Angehöriger. Hier ist ein deutlicher Ausbau notwendig, um die steigende Nachfrage zu decken und An- und Zugehörige effektiv zu entlasten. Mit dem per Gießkanne verteiltem Landespfegegeld erreichen wir diese spürbare Entlastung und Unterstützung nicht. Außerdem müssen Versorgungslücken zu Angeboten zur Unterstützung im Alltag geschlossen werden. Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, ein Modellprojekt zu initiieren, um den Angehörigen eine Perspektive zu bieten. Pflegende Angehörige sollen bei dem Projekt sozialversicherungspflichtig angestellt werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat auf Drs. 18/29670 den Vorschlag des Projektes mit einem Antrag im Juli 2023 eingebracht. Dieser wurde abgelehnt.

Die Staatsregierung hat die Möglichkeit, in Bayern weiter voranzuschreiten, zukunftsweisende Akzente zu setzen und Projekte weiterzuentwickeln, um für eine gute pflegerische Versorgung im Freistaat zu sorgen. Zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in Bayern.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahl, Kerstin Celina, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/3426

Pflege in Bayern gestalten – zukunftsweisende Ansätze im Freistaat umsetzen und auf demografische Entwicklungen reagieren!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Andreas Krahl

Abg. Roland Magerl

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Thomas Zöller

Staatsministerin Judith Gerlach

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

**Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Pflegerevolution jetzt! (Drs. 19/3340)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Krahlf u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Pflege in Bayern gestalten - zukunftsweisende Ansätze im Freistaat umsetzen und auf demografische Entwicklungen reagieren! (Drs. 19/3426)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Bernhard Seidenath das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ist eine der zentralsten politischen Aufgaben der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Es ist das politische Megathema, zu dem wir auch ethisch verpflichtet sind. Eine menschenwürdige Pflege gehört zur Humanität unserer Gesellschaft. Auch die Menschen in Bayern sehen das so. Eine aktuelle Umfrage belegt: Medizinische Versorgung und Pflege werden von den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns als die wichtigsten Themen angesehen – mit Abstand: 94 % sagen, das sei sehr wichtig oder wichtig –, gefolgt von den Themen "Wirtschaft und Arbeitsplätze" sowie "Kriminalität und Sicherheit".

Das Thema Pflege ist absolut dringend; denn bildlich gesprochen rast hier ein ICE auf eine Felswand zu. Grund ist unsere demografische Entwicklung: Wir werden älter, und mit dem Alter steigt das Risiko der Pflegebedürftigkeit. Das heißt, die Zahl der Pflegebedürftigen steigt ebenfalls an. Seit den 1970er Jahren wurden deutlich weniger Kinder geboren. Damit fehlt es am Nachwuchs für die Pflegetätigkeiten. Es gibt also einerseits eine höhere Nachfrage nach Pflegeleistungen und andererseits weniger Menschen, die diese erbringen können. Die Kerze brennt von beiden Seiten. Das geht noch einige Jahre so weiter; der Peak ist hier noch längst nicht erreicht. Das wird erst in 20 bis 25 Jahren der Fall sein.

Für alle, die sich mit dem Thema schon einmal beschäftigt haben, ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen steigt. Den Bundesgesundheitsminister hat das Ende Mai dieses Jahres allerdings überrascht. "In den letzten Jahren ist die Zahl der Pflegebedürftigen geradezu explosionsartig gestiegen", hat er in einem Interview erklärt, demografisch bedingt sei 2023 nur mit einem Zuwachs von rund 50.000 Personen zu rechnen gewesen. Doch tatsächlich beträgt das Plus über 360.000, sagt Herr Prof. Lauterbach, der betont, dass sein Haus und er noch nicht genau verstünden, woran das liege. Sie würden sich nun an die Ursachenforschung machen. Für eine Pflegereform in dieser Legislaturperiode habe er jedenfalls keine freien Valenzen mehr. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht mehr und nicht weniger als eine Bankrotterklärung der Pflegepolitik auf Bundesebene.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen nicht die Ursachen erforschen. Wir brauchen keine wissenschaftlichen Arbeiten. Wir müssen nicht verifizieren, ob dieser Trend wirklich stimmt, sondern wir müssen dringlichst und schleunigst handeln. Die Vorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch. Wir müssen sie nun endlich umsetzen; denn die Situation ist dramatisch. Niemanden, der sich auskennt, hat das überrascht.

Der Bundesgesundheitsminister ist ratlos und bleibt tatenlos. Das macht mich, das macht uns fassungslos; denn schon im Mai 2024 zu wissen, dass er bis September 2025 keine Kraft mehr für eine Pflegereform hat, dass er nichts mehr auf die Kette bekommt, ist einfach ungeheuerlich. Ganz offenbar hat das BMG mit der Legalisierung von Cannabis sein ganzes Pulver für diese Wahlperiode verschossen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vernünftige und wirklich wichtige Initiativen wie die Pflegereform bleiben dagegen liegen. Es ist zum Weinen. Nicht Forschen, sondern Handeln lautet die Devise; sonst laufen wir in eine humanitäre Notlage.

Wir dürfen auch nicht nur irgendwie und ein bisschen handeln, sondern wir brauchen Mut. Ja, es klingt zwar markig, aber es ist nicht übertrieben: Wir brauchen eine Revolution und nicht nur ein Pflegereformchen, wie wir es 2021 am Ende der Regierungszeit der letzten Bundesregierung erlebt haben. Wir brauchen einen großen Wurf. Genau diesen fordern wir mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag ein und liefern gleich die Punkte mit, die umgesetzt werden müssen; denn wir müssen Pflege neu, wir müssen sie anders und wir müssen sie groß denken, um die vielen Baustellen anzugehen.

Pflege darf kein Armutsrisiko mehr sein. Wir brauchen deshalb eine auskömmliche Finanzierung. Wir müssen pflegende Angehörige wirksam entlasten und deutlich stärker als bisher unterstützen. Wir müssen Bürokratie abbauen. Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in der Pflege. Wir brauchen eine Vereinfachung und eine Regionalisierung der Strukturen. Wir brauchen Entbürokratisierung und mehr Digitalisierung. All dies fordern wir in unserem heutigen Dringlichkeitsantrag und umschreiben die notwendigen Maßnahmen näher. Mit dem Antrag bauen wir auf einer Resolution auf, die wir in der letzten Woche auf unserer Klausurtagung in Kloster Banz erarbeitet und beschlossen haben.

Für die notwendige umfassende Pflegestruktur auf Bundesebene darf es keine Denkverbote geben. Deshalb sprechen wir uns auch dafür aus, eine Vollversicherung in der Pflege zu prüfen. Pflege muss nämlich den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden, unabhängig davon, wo sie stattfindet: daheim, in einer Wohngemeinschaft, im betreuten Wohnen, stambulant oder in einem Heim. Wir müssen ganz klar die starren Grenzen zwischen den Sektoren Ambulant und Stationär überwinden. Jeder soll sein Ränzlein Pflege dorthin mitnehmen und einlösen können, wo er es braucht und wie er es braucht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für die Pflege der Zukunft schlagen wir deshalb mehr Steuermittel vor. Um die Pflege langfristig abzusichern, brauchen wir eine stärkere Finanzierung aus Steuergeldern, nicht nur aus den Sozialversicherungsbeiträgen der Pflegeversicherung.

Wir brauchen eine Vereinfachung. Die Leistungsansprüche sollen in einem Pflegebudget und einem flexiblen persönlichen Budget, einem Flexibudget, gebündelt werden – also nur noch zwei Budgets für die gesamten Pflegeleistungen. Damit wollen wir die Unterstützung zielgerichteter und auch flexibler gestalten.

Elternzeit ist gleich Pflegezeit. Wir wollen eine Care-Zeit bis zu einem Jahr für pflegende Angehörige, analog zur Elternzeit; denn wir haben bisher sehr häufig von erwerbstätigen Eltern in Richtung Kinder gedacht, und wir haben die Kindertagesbetreuung deutlich ausgebaut. Wir müssen aber auch von erwerbstätigen Kindern in Richtung Eltern denken. Das wird immer wichtiger, und wir müssen deswegen auch die Pflegezeit ausbauen, Tages- und Nachpflegestrukturen schaffen und hier eine Care-Zeit für Kinder analog zur Elternzeit schaffen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Pflegestützpunkte plus: Die Pflegestützpunkte müssen ausgebaut und um unabhängige Pflegelotsen als Care- und Case-Manager für alle Pflegebedürftigen ergänzt wer-

den. Wir brauchen mehr Menschen in der Pflege. Wir wollen die Arbeitsbedingungen verbessern. Wir wollen bürokratische Hürden abbauen.

Bei der Bezahlung brauchen wir eine komplette Steuerfreiheit der Zuschläge für Nacht- und Wochenenddienste. Dagegen hat sich leider der frühere Finanzminister und jetzige Bundeskanzler gestellt. Wir brauchen dringend diese Verbesserung der Bezahlung für die Pflegekräfte.

Wir brauchen Springerpools für ein verlässliches "Frei". Wir brauchen ein verbessertes betriebliches Gesundheitsmanagement, eine bessere Pflege der Pflegenden. Wir brauchen einen Notdienst für pflegende Angehörige. Um sie wirklich wirksam zu entlasten, brauchen wir ein Netzwerk, das dann in Notsituationen auch einspringen kann.

Wir brauchen mehr Gesundheitsförderung und auch eine Prävention von Pflegebedürftigkeit. Am besten soll Pflegebedarf gar nicht erst entstehen. Deshalb brauchen wir auch eine bessere Finanzierung geriatrischer Reha-Angebote, die aktuell leider immer noch unterfinanziert sind.

Die 24-Stunden-Pflege und die 24-Stunden-Betreuung gehören zur Pflegewirklichkeit. Dies muss rechtssicher gestaltet werden. Ungelernte Pflegehelfer aus dem EU-Ausland sollten mit denen aus dem Nicht-EU-Ausland gleichgestellt werden; denn die einen, die aus dem EU-Ausland, dürfen während ihres Sprachkurses als ungelernte Pflegehelfer arbeiten, die anderen aus dem Nicht-EU-Ausland nicht. Das versteht eigentlich kein Mensch. Sie sollten arbeiten dürfen, solange der Erfolg des Sprachkurses und die anschließende Ausbildung nicht gefährdet werden.

Das tun wir in Bayern: Bis zum Ende dieser Legislaturperiode schaffen wir 8.000 neue Pflegeplätze in Bayern. Wir bekennen uns zu einem weiteren Ausbau und zu einer starken Förderung der Pflegeplätze wie beispielsweise der Tages- und Kurzzeitpflegeplätze mit dem Förderprogramm "PflegesoNah". Unser Ziel: Eine Tagespflege im Ort muss so selbstverständlich wie eine Kindertagesstätte sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Bürokratieabbau: Die Heimkontrollen müssen extrem entschlackt werden. Doppelstrukturen zwischen Medizinischem Dienst und Fachstellen für Qualität und Aufsicht in der Altenpflege müssen abgebaut werden. Das soll in Modellprojekten, unter anderem in Buxheim, in der Praxis getestet und umgesetzt werden. Im Berchtesgadener Land werden wir Modellprojekte für möglichst wenig Bürokratie in der ambulanten, mobilen Pflege schaffen. Ich bin dem Ministerium und der Ministerin Judith Gerlach sehr dankbar für die Möglichkeit, dass wir hier anpacken und Bürokratie sowohl stationär als auch ambulant abbauen können.

Mit der Pflegereform haben wir eine der größten politischen Aufgaben der Zukunft vor uns. Aber mit dem umfassenden Maßnahmenpaket, das ich gerade vorgestellt habe, haben wir eine Chance, die Herausforderungen im Pflegesystem zu meistern. Wir müssen handeln, und wir müssen schnell handeln.

Meine Damen und Herren, zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN: Es klingt dem unseren sehr ähnlich. Der große Unterschied ist aber, dass nach Ansicht der GRÜNEN der Freistaat Bayern alles richten soll. Von einer Bundeszuständigkeit ist in Ihrem Antrag nicht ein Buchstabe zu lesen. Von einer Ampel-Partei erwarte ich aber, dass sie die Verbesserung für die Pflege in Berlin fordert

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Toni Schuberl (GRÜNE): Wir sind hier im Bayerischen Landtag!)

und die notwendigen neuen Wege für die Pflege in Berlin beschreitet.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie vergessen, dass wir hier im Bayerischen Landtag sind!)

– Ja, aber Sie vergessen auch, Herr Schuberl, dass das SGB V ein Bundesgesetz ist. Da ist nun mal Ihre Partei am Ruder. Ich habe da leider nichts zu melden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU):
Was man nicht weiß, kann man nicht vergessen!)

Ihr Dringlichkeitsantrag ist ein reaktiver Antrag. Eine reine pflichtschuldige, sozusagen erzwungene Reaktion auf unseren Dringlichkeitsantrag ist da viel zu wenig. Sie müssten aktiv werden. Hier im Bayerischen Landtag sind Sie es ja. Ich bin dem Herrn Kollegen Krahl ja dankbar; er arbeitet ja hervorragend mit. Aber in Berlin muss etwas passieren. Sie müssen da bitte anschließen und nicht hier diesen Antrag im Bayerischen Landtag stellen. So leicht kommen Sie da nicht aus der Verantwortung. Deshalb bitte ich Sie ganz eindringlich: Entweder nutzen Sie das letzte Jahr Ihrer Regierung

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Es ist ja kein Jahr mehr!)

für diese Pflegereform, oder Sie machen den Weg für Neuwahlen frei, damit eine Nachfolgebundesregierung endlich diese so essenziell wichtige Pflegereform angehen kann.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, am Ende steht ein dickes Dankeschön.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Kommt da noch was zu Bayern?)

– Ich habe viel von Bayern gesagt. Ich habe eigentlich alles mal gesagt. Hören Sie es nach, wenn Sie gerade nicht zugehört haben sollten.

Am Ende steht ein dickes Dankeschön an alle, die sich in gelebter Nächstenliebe und in Solidarität für andere, für Schwächere einsetzen und sie pflegen, sei es beruflich als Pflegefachkräfte oder Pflegehelfer, sei es aus Solidarität und Nächstenliebe gegenüber Angehörigen oder Freunden als pflegende Angehörige. Das sage ich gerade in der aktuell laufenden Demenzwoche mit 1.400 Veranstaltungen in ganz Bayern. Unser großes Ziel ist es, Demenzerkrankte, die 60 % aller Pflegebedürftigen ausmachen, in die Mitte der Gesellschaft zu bringen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu fördern;

denn die Humanität einer Gesellschaft und auch unserer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit den Vulnerablen, mit den Pflegebedürftigen umgeht. Auch deswegen machen die pflegenden Angehörigen das humane, das menschenwürdige Antlitz unserer Gesellschaft aus. Ich bitte Sie herzlich, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen, und danke fürs Zuhören.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Andreas Krahl das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Kollege Seidenath, eines kann ich gleich vorwegnehmen: Egal, wie oft du das empfiehlst, so schnell wirst du mich nicht los. Solange ich vom bayerischen Volk, von den bayerischen Bürgern und Bürgerinnen gewählt werde, werde ich in diesem Landtag auch Landes- und keine Bundespolitik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann aber auch ganz anders argumentieren; denn die CSU, auch du in deiner Rede, fordert nach der Fraktionsklausur nichts weniger als eine Pflegerevolution. Jetzt kann ich da – und ich glaube, gerade den Kollegen und Kolleginnen aus dem Gesundheitsausschuss ist das klar – vollkommen mitgehen. Aber wenn man sich in der Historie die großen erfolgreichen Revolutionen anschaut, dann stellt man fest, dass die großen erfolgreichen Revolutionen

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Selten in Deutschland waren!)

immer von unten nach oben geführt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Das bedeutet, dass auch, nicht nur, aber auch der Freistaat Bayern Teil dieser Revolution sein muss. Genau das ist der Grund, warum wir hier und heute gerade zu diesem sehr wichtigen Thema den Freistaat Bayern in die Pflicht nehmen.

(Michael Hofmann (CSU): Das machen wir doch auch!)

Die An- und Zugehörigen, die sich um fast 80 % der Pflegebedürftigen kümmern, und die professionellen Pflegenden, die schon heute weit mehr fehlen, sind doch längst von diesem demografischen Wandel doppelt betroffen. Jetzt haben wir die Chance, und Sie haben es auch in der Hand, genau bei diesem Problem vor Ort anzusetzen; aber – die Chance hätten Sie gehabt – leider nein: Die Revolution der bayerischen Regierungsfraktionen erschöpft sich im vehementen Einsetzen auf der Bundesebene. Dieser Einsatz gilt dann nicht mal den falschen Dingen. Da stimme ich Ihnen sogar großteils zu.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben den Antrag nicht mal gelesen!)

– Hören Sie doch zu. Ich habe gerade zugestimmt.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Ich habe gerade zugestimmt. Ich habe gerade zugestimmt, dass Sie auf Bundesebene vielleicht durchaus richtige Ansätze haben; aber die Welt dreht sich nicht nur im Bund, sondern auch im Freistaat Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Da muss man sagen: Solange eine Milliarde Euro im bayerischen Staatshaushalt für das Landespflegegeld ausgegeben wird – und mit dieser einen Milliarde Euro eben keine neuen Pflegestützpunkte ausgebaut werden, keine neuen Pflegeschulen errichtet werden, kein Lehrplan neu überarbeitet wird, keine Anpassung der Fast Lane für Pflegehelfer und -helferinnen erfolgt, keine Anpassung, dass genau diese Pflegehelfer und -helferinnen auch Fachpflegehelfer und -helferinnen werden können –, solange

diese Milliarde Euro sinnlos ausgegeben wird, solange müssen wir hier in Bayern definitiv auch unsere Hausaufgaben machen. Genau das ist der Punkt, auf den wir uns fokussieren müssen.

Lieber Bernhard, du hast vorher angesprochen, für wie absolut wichtig die Wähler und Wählerinnen dieses Thema der Gesundheitsvorsorge und -fürsorge halten, auch der Pflege. Ich gebe dir recht, ich kenne diese Umfragen auch. Wenn man sich aber die zweite Seite anschaut – und das gehört zur Wahrheit dazu –, stellt man leider Gottes fest – und ich finde das wahrscheinlich genauso schade wie du –, dass nur circa 10 % ihre Wahlentscheidung von diesem Thema abhängig machen. Das ist allerdings für uns eine große Chance. Ich kann nur dazu aufrufen, diese Chance auch zu nutzen. Dies ist die Chance, dass wir parteiübergreifend, jenseits von Wahlkämpfen, genau in diesem Punkt zusammenarbeiten, eben weil die Wahlentscheidung nicht von diesem Thema abhängig ist. Das ist der Auftrag, dass wir genau hier in Bayern, nämlich dort, wo wir unsere Aufgaben als bayerische Abgeordnete haben, eben auch ansetzen.

Was braucht es nach unserer Auffassung? – Es braucht die sofortige Einführung von landesweiten Pflegestützpunkten, einen deutlichen Ausbau der Pflegestützpunkte, nicht nur beratend, sondern auch wirklich unterstützend. Wir brauchen ein Modellprojekt zur Landespflegegesellschaft, damit auch pflegende Angehörige ihren Urlaubs- und Krankheitsanspruch haben. Es braucht ein Förderprogramm für innovative Wohnprojekte usw.

Langer Rede kurzer Sinn: Lassen Sie uns heute hier anfangen, die Pflegerevolution auch wirklich zu leben. Lassen Sie uns Vollgas geben, und das Ganze, weil wir der Bayerische Landtag sind, auch hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Sie sind am Ende der Rede?

Andreas KrahI (GRÜNE): Ja.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Dann kommt die Zwischenbemerkung, Herr Kollege Bernhard Seidenath.

Andreas Krahl (GRÜNE): Ich warte auf die Zwischenbemerkung.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Danke. – Bernhard!

Bernhard Seidenath (CSU): Lieber Kollege Krahl, lieber Andreas, du sagst gerade, du machst hier Landespolitik. Du hast quasi gesagt, Bundespolitik ist jetzt nicht das Thema hier für dich, für euch als GRÜNE. Wir machen auch viel Landespolitik in der Pflege, wo wir das können. Wir haben die Springerdienste mit 7,5 Millionen Euro eingeführt. Wir haben eine Pflegedozentenprämie ausgelobt. Wir haben Praxisanleiter in diesem Haushalt gefördert. Wir fördern Führerscheine für ambulante Pflegedienste. Wir haben das Programm "PflegesoNah". Aber wenn wir an die Pflegestrukturen gehen, dann geht es ans Bundesgesetz, SGB V, SGB XI. Da können wir in Bayern gemäß Artikel 74 des Grundgesetzes nichts ausrichten.

Wenn wir als CSU etwas auf Bundesebene bewegen wollen, haben wir die Möglichkeit, im Landtag in einen Antrag zu schreiben: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ..." Dann gibt es eine Bundesratsinitiative, und wir sprechen unsere eigenen Bundestagsabgeordneten an, die das einbringen können. Ihr als Partei der GRÜNEN habt als in Berlin Mitregierende die Chance, direkt Einfluss zu nehmen. Was passiert denn da? – Da passiert doch nichts. Das war der Punkt, auf den ich hingewiesen habe:

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört! – Widerspruch des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Die Pflegestrukturreform und die Revolution in der Pflege muss man in Berlin anpacken. Dazu sind wir in Bayern leider nicht in der Lage.

(Beifall bei der CSU)

Andreas Krah (GRÜNE): Lieber Bernhard, ich denke, du weißt sehr wohl, dass ich das Thema SGB V, SGB XI – du hast darüber gesprochen – auch definitiv so sehe und dass wir da Anpassungsbedarf haben; es fehlt mir aber der Mut der Bayerischen Staatsregierung, zum Beispiel Modellprojekte wie das Thema Landespflegegesellschaft – du erinnerst dich an die Anträge, die wir dazu gestellt haben – dann auch genau hier in Bayern umzusetzen.

(Martin Wagle (CSU): Planen wir einen Umbau des Systems oder nicht?)

Genau das, was Sie hier mit der Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige fordern, ist absolut richtig – das haben wir vor einem Jahr im Freistaat Bayern als Modellprojekt gefördert. Wir könnten es in Bayern ausprobieren, sodass wir es im Bund dann schnell umsetzen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Als Nächster hatte der Kollege Roland Magerl ums Wort gebeten.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem nicht nur eine Gesundheits-, sondern auch eine Pflegereform verschlafen wurde, braucht es nun eine Pflegerevolution.

Liebe Kollegen von der CSU, geschätzter Herr Kollege Seidenath, in Ihrem Antrag sind viele Punkte enthalten, die absolut vonnöten sind. Bei vielen dieser Punkte gehen wir mit, zum Beispiel bei den Springerregelungen oder bei der Steuerbefreiung für Menschen, die Nachschichten herunterreißen und die besondere Arbeitszeitbelastungen haben. Wir sprechen immer von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gerade in den Pflegeberufen ist es außerordentlich schwierig, diesen Anspruch in die Realität umzusetzen.

Aber, die CSU war von 2005 bis 2021 im Bund in der Regierungsverantwortung. An bestimmten Stellschrauben hätte schon viel früher gedreht werden müssen. Der demografische Wandel zeichnet sich nicht erst seit gestern ab. Wir wissen schon viel länger, dass dieses Problem bei uns einschlagen wird, gerade in der Pflege. Auch der Fachkräftemangel in den Pflegeberufen kam nicht über Nacht. Jetzt, wo der Wahlkampf Fahrt aufnimmt und durch den Totalausfall der Ampel in Berlin vielleicht viel schneller als geplant vor der Tür steht, stürzt man sich gern auf dieses Thema, obwohl es schon immer wichtiger denn je war.

Der Reihe nach. Wir fragen uns: Woher sollen die Steuermittel für die Finanzierung Ihres Antrags kommen? Sie stellen einfach fest: Wir brauchen mehr Steuermittel für die Finanzierung der Pflegeversicherung. Das reicht uns nicht. Wir unterstützen diese Forderung; aber wir hätten dazu gerne eine Konkretisierung. Wir brauchen einen klaren Weg für die Finanzierung der Pflege. Dieser Weg muss sowohl heute als auch in der Zukunft gangbar sein. Wichtig ist dabei, dass damit keine zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Bürger verbunden sein dürfen. Wir dürfen den Bürgern nicht mehr auf die Schultern packen, um das Ganze zu finanzieren. Deshalb sagen wir: Steuermittel, ja. Aber woher sollen sie kommen?

(Beifall bei der AfD)

Wir haben bereits von den Kollegen Krahl und Seidenath gehört, dass es für eine Entlastung des Pflegesystems elementar wichtig ist, dass die Angehörigen massiv eingebunden werden. Wir brauchen nicht nur unkomplizierte Lohnersatzleistungen, wie sie in diesem Dringlichkeitsantrag gefordert werden. Wir brauchen auch eine verbesserte Verhinderungspflege. An dieser Stelle sind Kurzzeitpflegeplätze und Tagespflegeeinrichtungen wichtig, um die Angehörigen zu entlasten. Den Angehörigen muss es ermöglicht werden, ihre Liebsten zu Hause zu betreuen und zu pflegen. Die Förderung der 24-Stunden-Pflege bedarf endlich einer klaren Rechtsetzung. Diese muss auf den Tisch, damit wir endlich aus der Grauzone herauskommen.

Damit würde eine große Lücke in der Versorgung von Pflegebedürftigen geschlossen. "Pflege daheim" lautet das Stichwort. Dies muss auch in Zukunft ein Stichwort sein. Begrifflichkeiten wie "Bereitschaft" und "Rufbereitschaft" müssen dringend geregelt und in die Rechtsetzung implementiert werden. Gesetzliche Vergütungen und vor allem Kernarbeitszeiten müssen festgelegt werden, um diese Form der Pflege rechtskonform zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Kolleginnen und Kollegen, Pflege findet am Patienten statt, nicht auf dem Papier. Der Bürokratiewahnsinn muss abgebaut werden und verschwinden. Wir binden Fachkräfte mit der Erstellung von Doku-Mappen und Papierbergen, welche dann jährlich durch den Medizinischen Dienst abgeprüft werden. Wir brauchen hier dringend eine Entbürokratisierung, die ganz schnell in Angriff genommen werden muss. Eine Qualität in der Pflege erreichen wir nicht durch Dokumentation, sondern durch eine Pflege mit Herz am Menschen.

Meine Damen und Herren, diese sogenannte Pflegerevolution ist nichts weiter als ein Anfang von vielen Maßnahmen, über die wir im Gesundheitsausschuss noch diskutieren werden. Erst dann wird es uns gelingen, etwas Großes zu schaffen. Neben der Pflegerevolution brauchen wir jetzt einen Regierungswechsel im Bund. Wir sollten nicht nur die Symptome, sondern auch die Ursachen bekämpfen. Jahrelang wurde es verschlafen, den eigenen Nachwuchs zu Fachkräften auszubilden. Die Generalistik fällt uns dabei auf die Füße. Gute Fachkräfte wandern in andere Länder ab. Wir dürfen hier nicht wie Robert Habeck denken nach dem Motto: Wir haben zwar die Fachkräfte; sie sind halt gerade woanders. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir unsere eigenen abgewanderten Fachkräfte mit Anreizen wieder zurückholen.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben dazu bereits für den Haushalt 2023 Vorschläge eingebracht. Lassen Sie uns gerade bei diesem wichtigen Thema konstruktiv zusammenarbeiten. Es gilt, die

Weichen für die Zukunft zu stellen und eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten, die den Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird. Auch wenn es noch viele Baustellen gibt, für die dieser Dringlichkeitsantrag keine Antwort bietet, stimmen wir von der AfD-Fraktion diesem Dringlichkeitsantrag zu, da er in die richtige Richtung zielt.

Den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN lehnen wir ab, da Ihre Abrissregierung in Berlin Sie hier in Bayern am ausgestreckten Arm verhungern lässt. Werden Sie sich mit Ihren Kollegen in Berlin wieder grün, dann müssen wir hier über viele Probleme nicht mehr sprechen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Zusammenarbeit im Ausschuss.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja mei, jetzt wollen Sie schon wieder eine Pflegerevolution ausrufen und haben nicht viel mehr zu bieten als "man müsste mal".

(Beifall bei der SPD)

Wirklich revolutionär wäre eine Staatsregierung, die ihre eigenen Hausaufgaben macht. Wissen Sie eigentlich selber, wie oft Sie diese 8.000 neuen Pflegeplätze für Bayern schon angekündigt haben? Hier handelt es sich nämlich um ein Projekt aus der vergangenen Wahlperiode. Stattdessen erreichen uns fast täglich Hiobsbotschaften über Heime, die geschlossen werden, über Pflegeplätze und ganze Stationen, die nicht belegt werden können. Das ist die reale Situation in Bayern. Da bleibt wenig von Ihren Ankündigungen für die Pflegebedürftigen und für die pflegenden Angehörigen übrig.

(Beifall bei der SPD)

Was steht in Ihrem Dringlichkeitsantrag über Bayern? – Beim angeblichen Abbau von Bürokratie bei den Heimkontrollen haben Sie alle echten Verbesserungen bei der Reform des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes abgelehnt. Das gilt nicht nur für unsere Vorschläge, sondern auch für die dringenden Hinweise der Beteiligten in der Praxis. Diese Hinweise haben Sie in den Wind geschlagen.

Statt einer echten und flächendeckenden Entlastung von Bürokratie gibt es in Ihrem Dringlichkeitsantrag wieder einmal nur zwei Modellprojekte. Ihr eigenes Engagement in Bayern stellen Sie unter den grundsätzlichen Vorbehalt "im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel", auch in Ihrem Revolutionsantrag. Stattdessen haben Sie viele wohlfeile Forderungen an den Bund gestellt. Sollen sich doch andere kümmern. Das Problem ist nur, dass Sie sich gleichzeitig in Berlin jeder realistischen Finanzierung verweigern. Wir wollen schon lange eine Pflegevollversicherung und Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige. Das scheitert nicht nur an der FDP in Berlin, sondern auch an Ihnen von der CDU/CSU.

(Zuruf von der SPD: Pfui!)

In Ihrem Dringlichkeitsantrag steht zum Beispiel, dass die Obergrenze für Sozialversicherungsbeiträge unbedingt eingehalten werden müsste. Auch bei der Krankenversicherung ist es Ihnen wichtig, dass keine Beitragserhöhung erfolgt. Sie wollen zwar, dass mehr Steuermittel eingesetzt werden, sperren sich aber gegen jede sinnvolle Reform der Schuldenbremse. Irgendwo muss das Geld aber herkommen, oder?

(Beifall bei der SPD)

Man kann das entweder über Beiträge oder über Steuermittel finanzieren. Wo wollen Sie Mittel in dieser Dimension einsparen? Vielleicht bei der Bundeswehr? Woher soll das Geld kommen? Man darf überdies gespannt sein, wie eine CDU/CSU-Bundesregierung, wenn sie denn einmal gewählt werden sollte, in der Zukunft mit der Schuldenbremse umgehen wird. Sollte es wirklich so kommen, dann können wir das Popcorn schon einmal bereitstellen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sonst Ihre eigenen Projekte nicht verwirklichen. Selbst wenn Sie dann das Geld in die Hand nehmen, das Sie uns immer verweigern, ist doch sehr zweifelhaft, ob dann wirklich Investitionen in die Pflege an erster Stelle stehen würden mit einem Kanzler Merz und einer erneuten Heimsuchung durch einen Verkehrsminister von der CSU. Ich glaube nicht daran.

(Beifall bei der SPD)

Es dürfe jetzt keine Denkverbote geben, schreiben Sie in Ihrem Antrag.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist nicht nur eine schreckliche Plättitüde. Ich darf Ihnen sagen: Bei uns von der SPD gibt es so etwas gar nicht erst. Wo sollen die Denkverbote auch herkommen? – Weiß ich nicht.

Noch ein Tipp: Revolutionen fordert man nicht von anderen. Die muss man schon selber machen.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben damit ja Erfahrung!)

Dazu müssten Sie mal raus aus Ihrer Komfortzone. Mit Ihrem Elan wäre auch aus der Französischen Revolution nicht viel geworden. Sie wären dann beim Sturm auf die Bastille wahrscheinlich mit der Parole hingezogen,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

jemand anderes soll die Gefangenen befreien und den König stürzen. Das wäre keine wirksame Revolution geworden.

(Beifall bei der SPD)

Nein, wir müssen uns hier um unsere Aufgaben kümmern. Das ist jede Anstrengung wert.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Bernhard Seidenath vor.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrte Frau Waldmann, liebe Ruth, danke für die Hinweise. Ich habe in meiner Rede auch einiges gesagt zum Bundesgesundheitsminister, der von deiner Partei gestellt wird. Nur zwei Punkte: zum Thema Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige: Zum Ersten sagst du, da hat die CDU nicht so richtig gezogen. Ich möchte daran erinnern, dass das im Koalitionsvertrag der Ampel drinsteht. Das sollte und müsste also umgesetzt werden.

Ruth Waldmann (SPD): Ja.

Bernhard Seidenath (CSU): Selbst die deiner Partei angehörende Präsidentin des VdK sagt das mit Vehemenz. Da gibt es keine Ausrede, dass die CDU da etwas verhindern würde. Das wäre eine große Bitte, diese Lohnersatzleistungen einzuführen.

Zum Zweiten. Gerne würden wir die Revolution selber machen. Deswegen die große Bitte an die SPD, den Weg für Neuwahlen in Berlin so schnell wie möglich frei zu machen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Ruth Waldmann (SPD): Erstens. Sie haben sich ja selber despektierlich geäußert über das Pflegereförmchen, das noch unter dem CDU-Gesundheitsminister in der letzten Wahlperiode in Berlin zustande gekommen ist.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Wir sind durchaus zu Selbstkritik in der Lage! Sie aber nicht!)

Das Zweite: Ja, wir wollen die Lohnersatzleistungen. Wir konnten sie in der Regierung, die wir haben, nicht durchsetzen. Aber Sie stehen doch genauso auf der Schulden-

bremse wie die FDP! Das habe ich angesprochen. Sie stellen ständig neue Forderungen in Milliardenhöhe an den Bund. Gleichzeitig verweigern Sie sich jeder realistischen Finanzierung. So ist das nicht ernst zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

In dem Antrag steht auch noch anderes drin, zum Beispiel, dass man auf die Tarifverhandlungen Einfluss nehmen soll. – Wie soll denn das gehen? Sie müssten schon wissen, wo was zu regeln ist. Deswegen können wir dem leider nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Thomas Zöller.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher! "Pflegerevolution jetzt" – sehr gerne, sagen die FREIE-WÄHLER-Fraktion und auch der Patienten- und Pflegebeauftragte. Gerne könnte man das machen. Wenn in unserem Land große Dinge kommen, ist es vielleicht ganz gut, wenn sie von Klausurtagungen kommen. Wenn man im Kloster Banz ist und ein bisschen den Geist des Klosters mitnimmt, kann man auch Revolutionen schaffen. Da bin ich sehr dankbar dafür. Da gehen wir gerne mit; denn auch hier, in meiner ersten Rede, habe ich zum Thema Pflege gesagt: Wenn wir es 2040 noch einigermaßen hinbekommen wollen, müssen wir mal die Parteibrillen absetzen und zusammenarbeiten. Was machen wir jetzt? – Wir streiten uns schon wieder geraume Zeit, ob eine Pflegerevolution, eine gute Pflegereform, das Richtige wäre.

Aber sei's drum. Wir wissen alle: Es muss sich einiges tun, es muss sich vieles tun und vieles verbessern. Wenn wir es gemeinsam angehen, dann könnten wir es schaffen; denn wir müssen die Pflege anders, neu und auch groß, denken. Ansonsten rauschen wir, wie Kollege Seidenath gesagt hat, mit dem ICE auf die Wand zu. Das wollen wir alle nicht. Wir wollen die Pflegekatastrophe verhindern.

Ich bin sehr viel draußen unterwegs und rede mit pflegenden Angehörigen, bin aber auch in stationären Pflegeeinrichtungen unterwegs. Es ist klar: Es muss sich viel tun, es muss sich Gutes tun. Vielleicht muss auch mehr Geld in den Bereich der Pflege rein. Ich glaube, im gesamten Gesundheitssystem ist genug Geld drin. Aber vielleicht sollten wir uns für den einen oder anderen Schmarrn nicht so begeistern. Ich glaube, über Cannabis haben wir hier schon genügend gesprochen. Aber es gibt auch andere Beispiele. Man muss das Geld nur gezielt einsetzen. Da kann man es gerne in die Pflege stecken.

Wir brauchen jetzt möglichst schnell Lösungen für akute Fälle. Wir haben in Bayern 580.000 Pflegebedürftige. 580.000! Die Babyboomer gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Das heißt, uns werden viele Pflegekräfte fehlen. Wir schimpfen immer über das Gesundheitssystem, das aber so schlecht nicht sein kann, weil die Leute immer älter werden. Dann werden wir 2050 vielleicht – so ist geschätzt worden – eine Million zu Pflegende nur hier in Bayern haben. Dann haben wir ein echtes Problem.

Gott sei Dank werden von fünf zu Pflegenden noch vier zu Hause gepflegt von den pflegenden Angehörigen. Deshalb müssen wir das Hauptaugenmerk darauf legen, die zu stärken. Dazu steht sehr viel Gutes in dem Dringlichkeitsantrag. Das wäre die eine Säule, dass man diejenigen, die ihre zu Pflegenden zu Hause pflegen, unterstützt, so dass die dann zusammen mit guten ambulanten Diensten hinbekommen.

Es gibt aber an der Peripherie Ortschaften, auch in meinem Landkreis, wo die ambulanten Dienste nicht mehr hinfahren, weil es ihnen zu weit ist und weil sie die entsprechenden Pflegerinnen und Pfleger nicht haben. Daher sagen sie, diese eine Ortschaft lassen wir da mal hängen. – Das darf nicht passieren.

Die zweite Säule, die stationäre, müssen wir auch pflegen. Das werde ich noch ganz kurz beleuchten. Aber jetzt schon müssen wir parallel zu allem anderen, was wir tun müssen, vor allem mehr Wert auf Prävention legen. Wir müssen Gesundheitskompetenz vermitteln, damit die Menschen wissen, wie sie vielleicht möglichst lang ein gutes,

gesundes Leben führen können. Nicht jeder wird dadurch geschützt sein vor Pflegebedürftigkeit. Aber die Prävention von Pflegebedürftigkeit muss unser gemeinsames Ziel sein, das wir angehen.

Ich habe erst heute Morgen mit einem Bezirkstagspräsidenten, Landrat Löffler, gesprochen. Er hat noch etwas in den Raum geworfen, nämlich den Tausch von Sockel und Spitze. Das wird jedem von uns etwas sagen. Den Sockel für die stationären Pflegekosten zahlt die Pflegeversicherung. Die Spitze, egal wie hoch sie ist, vielleicht ist sie noch flach, vielleicht ist sie auch richtig hoch, muss von demjenigen gezahlt werden, der die Pflege in Anspruch nimmt.

Ich möchte ein Beispiel nennen. Ein Bekannter von mir hat möglichst lange seine Mutter zu Hause gepflegt. Dann ging es einfach nicht mehr. Die Mutter war so stark an Demenz erkrankt, dass er sie stationär unterbringen hat müssen. Die Dame hat ihr Leben lang gearbeitet. Das war eine Wirtin, da war Geld da, da waren eine Gaststätte und Häuser da. Sie ist an sich gesund. Das Herz schlägt Jahr für Jahr weiter. Das Geld wird immer weniger. Sie wird in der nächsten Zeit ein Sozialhilfesfall sein.

Auch das sind Themen, die wir mal ansprechen müssen. Es kann doch nicht sein, dass jemand sein ganzes Leben lang arbeitet, aber dann, weil er stationär untergebracht ist und vielleicht in der Spitze 4.000 Euro im Monat für sein Pflegeheim bezahlt muss und eben nur ein Teil dessen als Sockelbetrag von der Pflegeversicherung übernommen wird, in die Sozialhilfe abdriften wird. Das ist etwas ganz Schreckliches. Einmal ist es das. Da darf gerne auch geklatscht werden. Da wollte gerade einer klatschen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir schon bei stationärer Pflege sind, denken wir einmal an die Menschen, die in der Pflege arbeiten. Ich sage, wir müssen hier Leiharbeit bekämpfen, wir müssen Springerkonzepte weiter ausbauen, damit man auch seinen Urlaub, sein Wochenend-

de, seinen Feiertag planen kann und nicht angerufen wird, damit man wieder zum Dienst kommt und für jemanden einspringt.

Wir müssen auch die Doppelüberprüfung, die Bernhard Seidenath schon angesprochen hat, gerade in guten Einrichtungen angehen. Warum muss der Medizinische Dienst, warum muss die FQA involviert sein, warum muss doppelt überprüft werden? – Lasst uns doch die schwarzen Schafe herausfinden, die ihre Pflege nicht gut erledigen, und diese Häuser ganz genau prüfen und alle anderen ihre Arbeit machen lassen. Das wäre viel wichtiger. Ich glaube, so würde man die pflegenden Menschen auch ein bisschen entlasten.

Noch einmal zu den pflegenden Angehörigen: Von fünf Pflegebedürftigen werden vier zu Hause gepflegt. Ja, wir brauchen Lohnersatzzahlungen. Ja, wir brauchen Pflegebudgets. Wir brauchen persönliche Budgets, um zu ermöglichen, dass man daheim pflegen kann. Wir brauchen auch das Landespfegegeld. Das ist eine schöne Geschichte. Es ist endlich einmal etwas, das man mit dem Ausfüllen einer Seite beantragen kann. Die Mittel für das Landespfegegeld betragen aktuell nicht eine Milliarde, sondern es sind im Moment 400 Millionen Euro. Es wird gut in Anspruch genommen. Ich habe in diesem Zusammenhang mit einer älteren Dame gesprochen. Sie erzählt mir immer, sie hat fünf Enkel, davon rufen sie vier ab und zu an. Eine Enkelin kümmert sich um sie, und diese Enkelin bekommt eben diese 1.000 Euro Landespfegegeld. Schon ist für die Möglichkeit, daheim zu pflegen, etwas unternommen.

Wir müssen sehen, dass wir überall Quartiersmanagement betreiben, dass daheim auch berufsübergreifend Hilfen angenommen werden können: Wirtschaftshilfen, Heilerziehungspflege, da gäbe es noch so viel zu erzählen, aber es gibt dazu noch einen Antrag. Wir müssen also ganz neue Wege gehen: Vielleicht Rentner-WGs, vielleicht Pflegebauernhöfe. Es gibt so viele schöne Orte, wo ältere Menschen zusammen wohnen und sich gegenseitig ergänzen können. Wir müssen die Pflege komplett neu denken. Wir können heute damit anfangen und diesem Antrag einstimmig zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Der Andreas lässt mich nicht im Stich; ich habe es geahnt.

Andreas KrahI (GRÜNE): Lieber Thomas, du hast ja schon – –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Das Wort erteile grundsätzlich ich.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Entschuldigung, Herr Präsident.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr KrahI, bitte schön.

Andreas KrahI (GRÜNE): Lieber Thomas, du hast ja schon von einem Antrag gesprochen. Ich versuche es jetzt mit der besten Zwischenbemerkung dazu. Du hast in deiner Rede von dem Sockel-Spitze-Tausch bei der Pflegeversicherung gesprochen. Im Dringlichkeitsantrag wird aber eine Pflegevollversicherung aufgerufen. Welches der beiden Konzepte hätten die FREIEN WÄHLER jetzt gerne?

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Wurscht, Hauptsache es funktioniert.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Pflegevollversicherung ist natürlich das Ideal, aber wir wollen doch einmal anfangen. Wenn wir jetzt vielleicht gute Ideen von Landräten bekommen, die die Situation jeden Tag draußen erleben, dann kann man diese doch aufnehmen. Natürlich ist die Pflegevollversicherung gut, aber sie garantiert nicht, dass alle in den stationären Bereich aufgenommen werden, weil wir dazu das notwendige Personal gar nicht haben. Das werden wir gar nicht wuppen können. Wir brauchen alles.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Judith Gerlach um das Wort gebeten. Ich teile gleichzeitig mit, dass wir nach diesem Tagesordnungspunkt die Sitzung schließen werden.

Staatsministerin Judith Gerlach (Gesundheit, Pflege und Prävention): Liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist eine etwas missliche Situation für mich, weil ich natürlich auch gerne ein paar Worte zu diesem Thema sagen möchte, weil es mir extrem wichtig ist, aber wir haben heute ein festes Sitzungsende und wollen natürlich noch darüber abstimmen.

Gestatten Sie mir trotzdem einen Aufruf, der mir wichtig ist. Ruth Waldmann hat es vorhin gesagt: Wir brauchen Reformen, und wir dürfen natürlich nicht nur gegenseitig aufeinander verweisen. Umso wichtiger fände ich es wirklich, wenn wir dieses Thema nicht parteipolitisch angehen würden. Die Bundesregierung, die jetzt noch im Amt ist, könnte die Zeit in den nächsten Monaten nutzen und über alle Parteigrenzen hinweg eine Zukunftskommission Pflege mit Expertinnen und Experten bilden. Damit meine ich nicht einen Stuhlkreis, in dem wir uns gegenseitig beschäftigen, sondern ich möchte, dass wir uns die nächsten Monate, bis zum Amtsantritt der nächsten Bundesregierung, vorbereiten, egal, wie die nächste Bundesregierung dann aussehen mag. Das wissen wir alle nicht.

Dadurch könnten wir uns so vorbereiten, dass wir dann wirklich in medias res gehen können, dass wir auch wirklich in die Umsetzung gehen können, wenn die nächste Bundesregierung an der Reihe ist und sie letztendlich auch in der Lage sein soll, eine Pflegereform umzusetzen, und zwar mit einer breiten Basis.

Das ist dem Gesundheitsminister Lauterbach bei der Krankenhausreform schon nicht gelungen. Dort brauchen wir auch dringend Reformbestrebungen. Dasselbe gilt natürlich auch für die Pflege. Das schafft man nicht, indem man etwas gegen alle durchsetzt und oben draufdrückt, sondern indem man im breiten Schulterschluss miteinander die Probleme löst.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nur ganz kurz: Was tun wir hier in Bayern?

(Unruhe)

– Ich bitte noch einmal um Ruhe. Wir haben noch fünf Minuten. Was tun wir hier in Bayern? – Darum geht es ja auch. Ich will nicht nur auf den Bund verweisen, da haben wir auch viel getan. Der Bund spielt, das hat Bernhard Seidenath sehr dezidiert aufgedroselt, die Hauptrolle in diesem Bereich.

Wir haben trotzdem Strategien entwickelt, wie "Gute Pflege. Daheim in Bayern". Oberste Priorität hat, dass die Versorgungsstruktur angemessen ist, dass sie wohnortnah ist, dass sie zukunftsfähig ist. Mit dem Förderprogramm "PflegesoNah" schaffen wir individuelle, bedarfsgerechte Angebote. Wir schaffen damit in der laufenden Legislaturperiode eine Förderung für weitere 8.000 Pflegeplätze in der Kurzzeitpflege, in der Tagespflege und in der Verhinderungspflege. Dies sind die wichtigen Dinge, vor allem auch für die Angehörigen.

Wir haben unser Förderprogramm "Gute Pflege", wo wir zum Beispiel gute Pflegelotsen haben, wo es gerade um die Kommunen geht, wo auch Hilfestellungen für Angehörige gebraucht werden. Wir unterstützen die Kommunen mit Geld, mit Daten, aber auch mit Leitfäden, die in diesem Bereich extrem wichtig sind. Wir haben die Pflegestützpunkte, die auch in unserer Resolution stehen, die ausgebaut werden müssen. Deren Zahl ist in den letzten Jahren von 9 auf 55 angestiegen. Sie sind angegliedert an 100 Fachstellen für pflegende Angehörige.

Auch das ist extrem wichtig, was wir dort auf den Weg gebracht haben, zum Beispiel die Kampagne "NEUEPFLEGE.bayern", aber auch die Entbürokratisierung, die heute schon mehrfach angesprochen worden ist. Nicht nur die Verschränkung und die Doppelstrukturen von FQA und MD müssen abgebaut werden, sondern wir müssen auch beobachten, was bürokratisch auf den Weg gebracht wird. Was wird administriert, was gar nicht administriert werden muss? – Wir haben auf einer eigenen Homepage eine Initiative "Klartext Pflegedokumentation" auf den Weg gebracht. Es handelt sich dabei

um eine Mythenliste, die dazu dienen soll, administrative Mythen abzuschaffen, die gar nicht dokumentiert werden müssen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben die Fast Lane und haben verschiedene Vorschläge für die Reform gemacht. Diese Reformvorschläge liegen alle auf dem Tisch. Von daher glaube ich, dass wir uns alle parteiübergreifend an die Arbeit machen und die Zeit nutzen müssen, wenn schon die jetzige Bundesregierung nicht in der Lage, nicht mutig genug ist, eilige Reformen in diesem Jahr umzusetzen. Wir sollten uns zumindest darauf vorbereiten, dass dies eine neue, mutige Bundesregierung in der neuen Legislatur hoffentlich tun kann.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Damit ist die Aussprache geschlossen. Keine weiteren Wortmeldungen liegen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/3426 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/3340. Die namentliche Abstimmung findet in elektronischer Form statt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:59 bis 18:02 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen.

Ich gebe zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 8, Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Abschaffung von unangekündigten Leistungsnachweisen an allen Schularten", Drucksache 19/3339, bekannt. Mit Ja haben 35, mit Nein 109 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 1 Stimmabstimmung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Die heute aus Zeitgründen nicht mehr zum Aufruf gekommenen Dringlichkeitsanträge werden in die jeweils federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe noch das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER betreffend "Pflegevolution jetzt!", Drucksache 19/3340, bekannt. Mit Ja haben 94, mit Nein 33 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Stimmabstimmung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Der Tagesordnungspunkt 9 betreffend den Antrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/1595 wird in einer der nächsten Plenarsitzungen aufgerufen.

Ich schließe unsere heutige Sitzung. Danke schön.

(Schluss: 18:03 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.09.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Pflegerevolution jetzt! (Drucksache 19/3340)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen	X		
Aigner Ilse				Dr. Ebner Stefan	X		
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter				Dr. Eiling-Hüting Ute	X		
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel	X			Enders Susann	X		
Atzinger Oskar	X			Fackler Wolfgang	X		
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina			
Bauer Volker				Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander	X		
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl	X		
Baur Konrad	X			Freudenberger Thorsten			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Friedl Patrick		X	
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian	X		
Beck Tobias	X			Frühbeißer Stefan	X		
Becker Barbara	X			Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea				Füracker Albert			
Behringer Martin	X			Gerlach Judith	X		
Beißwenger Eric				Gießübel Martina	X		
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian				Goller Mia		X	
Birzele Andreas				Gotthardt Tobias	X		
Blume Markus				Graupner Richard	X		
Böhm Martin				Grießhammer Holger			
Böltl Maximilian				Grob Alfred	X		
Bozoglu Cemal		X		Groß Johann	X		
Brannekämper Robert	X			Gross Sabine			
von Brunn Florian		X		Grossmann Patrick			
Dr. Brunnhuber Martin				Guttenberger Petra	X		
Dr. Büchler Markus		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian				Halemba Daniel	X		
Demirel Gülsären		X		Hartmann Ludwig		X	
Dierkes Rene	X			Hauber Wolfgang	X		
Dierl Franc	X			Heinisch Bernhard	X		
Dr. Dietrich Alexander	X			Heisl Josef			
Dietz Leo				Dr. Herrmann Florian	X		
Dorow Alex	X			Herrmann Joachim			
Dremel Holger	X			Hierneis Christian		X	
Dünkel Norbert	X			Högl Petra			
				Hofmann Michael	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander				Pargent Tim			
Holetschek Klaus				Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Holz Thomas	X			Pirner Thomas	X		
Dr. Hopp Gerhard	X			Pohl Bernhard	X		
Huber Martin	X			Post Julia			
Huber Martin Andreas				Preidl Julian			
Huber Thomas	X						
Huml Melanie	X						
Jäckel Andreas	X			Rasehorn Anna		X	
Jakob Marina				Rauscher Doris		X	
Jungbauer Björn	X			Reiß Tobias		X	
Jurca Andreas				Rinderspacher Markus		X	
Kaniber Michaela				Rittel Anton			
Kaufmann Andreas				Roon Elena		X	
Kirchner Sandro	X						
Knoblauch Paul		X		Saller Markus		X	
Knoll Manuel	X			Schack Jenny		X	
Köhler Claudia		X		Schalk Andreas		X	
Köhler Florian		X		Scharf Martin		X	
Kohler Jochen	X			Scharf Ulrike			
Koller Michael	X			Scheuenstuhl Harry		X	
Konrad Joachim	X			Schießl Werner			
Krahl Andreas		X		Schmid Franz			
Kraus Nikolaus	X			Schmid Josef			
Kühn Harald	X			Schmidt Gabi			
Kurz Sanne		X		Schnotz Helmut		X	
Lausch Josef				Schnürer Sascha			
Lettenbauer Eva				Schöffel Martin			
Lindinger Christian	X			Schorer-Dremel Tanja		X	
Lipp Oskar				Schreyer Kerstin		X	
Locke Felix	X			Schuberl Toni			X
Löw Stefan	X			Schuhknecht Stephanie			
Dr. Loibl Petra	X			Schulze Katharina			
Ludwig Rainer				Schwab Thorsten			
Magerl Roland	X			Dr. Schwartz Harald		X	
Maier Christoph	X			Seidenath Bernhard		X	
Mang Ferdinand	X			Siekmann Florian			
Mannes Gerd				Singer Ulrich			
Dr. Mehring Fabian				Dr. Söder Markus			
Meier Johannes	X			Sowa Ursula		X	
Meußgeier Harald				Stadler Ralf			
Meyer Stefan	X			Stieglitz Werner		X	
Miskowitsch Benjamin	X			Stock Martin			
Mistol Jürgen				Stolz Anna			
Mittag Martin	X			Storm Ramona		X	
Müller Johann	X			Straub Karl		X	
Müller Ruth		X		Streibl Florian			
Müller Ulrike				Striedl Markus		X	
Nolte Benjamin				Dr. Strohmayer Simone			
Nussel Walter				Stümpfig Martin			
Dr. Oetzinger Stephan	X			Tasdelen Arif			X
Osgyan Verena		X		Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	94	33	0